

GRin. Martina KAUFMANN MSc B.A.

17.10.2013

A N T R A G

Betreff: Politische Bildung

Die jüngsten Wahlergebnisse sind hinsichtlich der Wahlbeteiligung demokratiepolitisch erschreckend: Die Nichtwähler werden eine immer größere Wählergruppe in Österreich!

Wählen ab dem vollendeten 16. Lebensjahr ist im österreichischen Verfassungsgesetz festgeschrieben, was im Hinblick auf eine möglichst frühe Mitbestimmung junger Menschen natürlich begrüßenswert ist. Aus unserer Sicht hat es der Gesetzgeber aber verabsäumt, zugleich auch entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, die junge Erwachsene dazu befähigen, auf Basis grundsätzlicher politischer Kenntnisse und Zusammenhänge ihre Stimme abzugeben.

Bisher ist politische Bildung im Unterrichtsfach „Geschichte, Politische Bildung und Recht“ inkludiert, doch kommt der „Politischen Bildung“ in der Unterrichtsrealität zumeist nur eine untergeordnete Nebenrolle zu.

Durch die Einführung eines eigenen Unterrichtsfaches „Politische Bildung“ soll sich dies in Zukunft ändern!

Konkret wird gefordert: Die Einführung eines eigenen Unterrichtsfachs „Politische Bildung“ ab der 7. Schulstufe d.h. 3. Klasse AHS, NMS bzw. HS im Ausmaß von mindestens einer Schulstunde pro Woche sowie in der 8. Klasse zwei Unterrichtsstunden. In den AHS-Oberstufen bzw., in den BMHS muss die Stundenzahl ausreichen, um in diesen Schulfach zu maturieren. In den Berufsschulen soll dieses Fach weiterhin angeboten werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

dass der Grazer Gemeinderat im Sinne des Motivenberichts auf dem Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber herantritt und die Wichtigkeit der Einführung eines eigenen Unterrichtsfaches „Politische Bildung“ einfordert.